

Herr Strack geht kurz auf die Vorlage ein und verweist auf zwei Positionen in der Kalkulation. Bei Verrechnung der Personalausgaben handelt es sich um verrechnete Personalausgaben beim Steueramt (Sachbearbeitung, Erstellung Kalkulation etc.), bei den internen Verrechnungen um die eigentlichen Personalkosten des Bauhofes für den Winterdienst.

Des weiteren erklärt er die Entwicklung der Bauhofstunden:

2001: 1.761 Stunden

2002: 1.592 Stunden

2003: 1.896 Stunden

2004: 2.667 Stunden

Vor allem nach dem letzten Winter habe es erhebliche Mehraufwendungen gegeben.

Herr Müller geht hierauf ein. Sofern tatsächlich 98 % der Bauhofstunden in die Kalkulation einfließen, würde das hieraus errechnete Stundenvolumen bedeuten, dass der Bauhof an 110 Tagen 24 Stunden lang im Einsatz gewesen sei. Herr Müller fragt, inwieweit das plausibel ist.

Fakt sei, so Herr Strack, dass man durch den langen Winter einen erheblichen Aufwand hatte. Die Stunden würden im Bauhof erfasst und den jeweiligen Tätigkeiten zugeordnet. Hierauf müsse man sich zunächst verlassen. Ergänzend erklärt er noch einmal, dass nicht 100 % der Kosten umgelegt würden, sondern 85 %.

Herr Müller bittet, nähere Angaben hierzu darzustellen.

Eine weitere Frage von Herrn Müller betrifft das Herausnehmen einzelner Straßen auf Anliegerwunsch. Aufgrund der bestehenden Fixkosten hieße das in der Konsequenz eine Mehrbelastung für den Rest der Anlieger. Er fragt, ob schon mehr Straßen in den letzten Jahren herausgenommen wurden und ob es diesbezüglich eine Umlagemöglichkeit gebe.

Herr Strack bestätigt grundsätzlich eine Erhöhung für die Solidargemeinschaft, insbesondere im Hinblick auf die Fixkosten. In Einzelfällen sei dies aber zu vernachlässigen.

In dieser Richtung ergeben sich verschiedene Wortmeldungen.

So regt Herr Tandler an, alles zu Versuchen, um Ausgaben einzuschränken und die variablen Kosten zu senken. So könne man evtl. auf eine Beitragserhöhung verzichten. Es müsse überlegt werden, bei welchen Straßen überhaupt eine Räumung erforderlich sei.

Herr Strack erklärt, dass man vor Jahren schon versucht habe, die Fixkosten durch den Einsatz von Landwirten mit ihren Gerätschaften zu senken. Dies sei bisher an ganz praktischen Dingen gescheitert. So seien die zu montierenden Winterdienstgeräte mit den Fahrzeugen der Landwirte nicht kompatibel. Auch bei der Anschaffung von Streumitteln sei man eingeschränkt. Diese würden schon in den preislich günstigen Sommermonaten beschafft. Müsse hinzugekauft werden, sei man an Tagespreise gebunden, auf die man keinen Einfluss habe. Einflussmöglichkeit bestehe allenfalls bei den Personalkosten und damit auf die Menge der Einsätze. Zu prüfen wäre beispielsweise, ob jeweils der zweite Mann mit im Fahrzeug sitzen müsse. Alles in allem gebe es

wenig Faktoren, Einfluss zu nehmen. Zu überlegen wäre vielleicht noch, seitens der Verwaltung Straßen aus dem Räumprogramm herauszunehmen.

Herr Müller unterstützt die Denkansätze und bittet, bis zur Ratssitzung nähere Informationen vorzulegen. So könnte tatsächlich geprüft werden, ob von Gemeindeseite Straßen herausgenommen werden oder der zweite Mann auf dem LKW eine 1-Euro-Kraft sein könne.

Herr Strack und Herr Diwo verweisen in diesem Zusammenhang auch auf haftungsrechtliche Aspekte. Herr Diwo bittet in die Überlegungen mit einzubeziehen, dass ggf. zu viele Anlieger aus der Solidargemeinschaft ausbrechen. Es könne auch nicht sein, dass nun Gebührenbescheide erlassen würden, die im Nachhinein mit hohen Kosten wieder geändert werden müssten. Vielleicht sei es doch möglich, bis zum Rat nähere Informationen darzustellen.

Müsse das Fahrzeug mit zwei Leuten ausgestattet sein, ergänzt Herr Strack, könne dies keinesfalls eine 1-Euro-Kraft sein.

Herr Müller bietet einen Kompromiss an: Zustimmung jetzt für 2006 – und nach einer Neukalkulation für 2007 eine Senkung anstreben.

Herr Dulhardt verweist auf die desolaten Haushalte der Kommunen. Man müsse generelle Überlegungen anstellen, Kosten zu senken und flexiblere und finanzierbare Leistungsangebote anzubieten. Hier seien grundsätzliche konzeptionelle Lösungen gefordert. Der Bürger werde dann schon entscheiden können, was er zu welchen Kosten wolle.

Herr Strack gibt zu bedenken, dass eine generelle Kostensenkung – auch für den Bürger – auf Dauer mit einer Senkung der Standards einhergehe.

Der Bürgermeister fasst das Beratungsergebnis zusammen und stellt fest, dass heute kein Beschluss in der Sache gefasst wird und eine erneute Beratung in der Sitzung des Rates am 05.12.2005 erfolgt.